

Pressekonferenz vom 12.5.2011: Jürg Wiedemann (Landrat Grüne)

Weit über 7'000 Unterschriften innerhalb von vier Wochen sind mehr als ein deutliches Zeichen

7'161 Personen haben die Initiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“ unterschrieben. Notwendig gewesen wären 1'500 gültige Unterschriften.

Diese extrem hohe Anzahl Unterschriften ist für unseren Kanton einmalig und mehr als ein deutliches Zeichen an die Adresse der Bildungsdirektion; zumal diese Initiative in kürzester Sammelzeit zustande kam. Nach einer Woche waren bereits 1'500 Unterschriften vorhanden, heute – vier Wochen nach dem Sammelstart – reichen wir weit über 7'000 Unterschriften ein.

Die Bildungsdirektion beabsichtigt mit diesen unschönen Zwangsverschiebungen insgesamt 14 Klassen weniger führen zu müssen und damit rund 4 Millionen Franken einzusparen. Dies ist nur eine von zahlreichen Sparübungen, mit welchen die Volksschulen ausgepresst werden: Unsere Schulen müssen den Gürtel enger schnallen, um die steigenden Ausgaben der Universität und der FHNW zu decken.

Diese Sparmassnahme ist nur eine von vielen: Bereits realisiert sind z.B. eine deutliche Kürzung der Lagerbeiträge, das Zusammenstreichen des Freiwahlfachangebotes, Minderausgaben beim Schulmaterial usw. Alles Sparmassnahmen, die einen Bildungsabbau zur Folge haben.

Vor vier Jahren schnürte die Regierung das Massnahmenpaket GAP (Generelle Aufgabenüberprüfung): In sämtlichen Direktionen sollten damals insgesamt etwas über 130 Millionen Franken eingespart werden, um das strukturelle Defizit zu reduzieren. Auch im Bereich Schulen sollte ein zweistelliger Millionenbetrag eingespart werden – die Vorlage scheiterte jedoch an der Urne deutlich. Das Volk hat sich klar dafür ausgesprochen, dass an der Volksschule kein Bildungsabbau erfolgen darf und einschneidende Sparmassnahmen nicht akzeptiert werden. Diese Abfuhr erteilte die Bevölkerung der Bildungsdirektion, obwohl die Kantonsfinanzen weit angespannter waren als sie es heute sind.

Und auch heute setzt die Bevölkerung mit dieser riesigen Anzahl Unterschriften wiederum ein deutliches Zeichen. Dass die Regierung erneut Millionenbeträge im Bildungsbereich auf Kosten der Schülerinnen und Schüler einsparen will, ist unverständlich und widerspricht klar dem Volkswillen von damals.

Wir sind zuversichtlich, dass die Initiative bei der Abstimmung eine Mehrheit erreichen kann.

(es gilt das gesprochene Wort)